Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 8. Oktober 2008, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 8/2008

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion
2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Oberbürgermeister Eberhard Menzel
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion
Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Stephan Hellwig
Ratsmitglied Marita Hirsch
Ratsmitglied Brigitte Klee
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion
Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Claus Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen
Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Gerold Tholen

Mitglied der LAW
Ratsmitglied Johann Janssen

Mitglied der DP
Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent
Stadtrat Dr. Jens Graul
Stadtkämmerer Heiko Hoff
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung
Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak
Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Peter Gniech
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Protokollführer
Protokollführer Lars Stecker

Es fehlte entschuldigt
Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Joachim Tjaden

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 11

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 12

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

4.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen auf Wiederwahl des Stadtbaurates Klaus-Dieter Kottek
5.1.1 Nachbewilligungen zum Haushalt 2008
5.2.1 Ernennung zum Ehrenbeamten - Walter Menßen
5.2.2 Ernennung zum Ehrenbeamten - Lars Schomburg
5.3.1 Straßenbenennung Bereich Kirchreihe
5.3.2 Bebauungsplan Nr. 28 -EHEMALIGER BAUHOF KIRCHREIHE- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
5.3.3 Bebauungsplan Nr. 48 B / 2. Änderung -Bant Süd- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
5.3.4 Bebauungsplan Nr. 125, Teilbereiche 1a und 1b -FREIZEITGELÄNDE FEDDERWARDERGRODEN SÜD- Erneuter Aufstellungsbeschluss und Entwurfsbeschluss der Satzung über die Aufhebung
5.3.5 Sanierung westliche Südstadt - Verlängerung des Treuhändervertrages bis zum 31.12.09 sowie Verlängerung des Mietvertrages für das Stadtteilbüro
5.3.6 Sanierung westliche Südstadt - Fortsetzung eines Sanierungsbeauftragten für 2009
5.4.1 Aufhebung der HS Heppens zum Schuljahr 2009/10
5.5.1 Jahresabschluss des RNK-Eigenbetriebes zum 31.12.2007
6.1 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema "Einrichtung einer Landstromanlage für den JadeWeserPort"
6.2 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema "Einrichtung einer Anlaufstelle im Reinhard-Nieter-Krankenhaus für Beschwerden und Kritik"

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Eine „Aktuelle Stunde“ war nicht beantragt worden.

4 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Prof. Reuter)

4.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen auf Wiederwahl des Stadtbaurates Klaus-Dieter Kottek

Herr Prof. Reuter trug den gemeinsam von den Fraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Antrag vor:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, zur Ratssitzung am 28.11.2008 eine Verwaltungsvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, die einen Verzicht auf die Ausschreibung der Stelle des Stadtbaurates sowie die Wiederwahl des bisherigen Stelleninhabers beinhaltet.“

Oberbürgermeister Menzel legte in einer Stellungnahme seine Auffassung zu dieser Thematik dar. Seiner Meinung nach handele es sich hier um einen rein politischen Antrag, der lediglich die Wiederwahl einer bestimmten Person zum Ziel habe. Ein Angebot seinerseits auf anderweitige Beschäftigung bei der Stadt nach Ablauf der Amtszeit habe diese bereits im Vorfeld abgelehnt. Im Übrigen wehre er sich gegen eine Art des Umgangs miteinander, mit der hier versucht werde, eine bestimmte Vorgehensweise zu erwirken. Er werde sich daher bei der Abstimmung enthalten, stehe aber dennoch den Fraktionen für Gespräche zur Verfügung.

Herr Ender äußerte sein Unverständnis hinsichtlich des von Oberbürgermeister Menzel vertretenen Standpunktes und signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Antrag.

In der anschließenden Abstimmung wurde der gemeinsame Antrag von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **einstimmig bei Enthaltung von Oberbürgermeister Menzel angenommen.**

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, zur Ratssitzung am 28.11.2008 eine Verwaltungsvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, die einen Verzicht auf die Ausschreibung der Stelle des Stadtbaurates sowie die Wiederwahl des bisherigen Stelleninhabers beinhaltet

5 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

5.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (Ratsfrau Glaser)

5.1.1 Nachbewilligungen zum Haushalt 2008 (Vorl.-Nr. 204/2008)

Frau Glaser trug die Beschlussvorlage des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vor.

Auf Nachfrage seitens Herr Janssen, warum so viele Großfamilien mit Erziehungsproblemen nach Wilhelmshaven zögen, führte Herr Stoffers aus, es sei in der Tat festzustellen, dass aus ganz Deutschland Familien mit Kindern nach Wilhelmshaven kämen, für die bereits am Herkunftsort Jugendhilfemaßnahmen gewährt worden seien. Die Gründe für die Zuzüge sehe er u.a. in den vergleichsweise niedrigen Lebenshaltungskosten in unserer Stadt.

Frau Gastmann als Jugendhilfeausschussvorsitzende ergänzte, dass Handlungsbedarf nicht nur bei zugezogenen Familien bestehe. Es gelte, allen Familien gleichermaßen zu helfen, hier sei man mit dem erarbeiteten Konzept auf dem richtigen Wege.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der vorgelegten Nachbewilligung zu:

Produkt / Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	Deckungsvorschlag	€
36.33.80 / 433211	**Hilfen zur Erziehung**	**1.600.000**	Mehrerträge bei 61.10.10 / 311111 – Finanzausgleich	1.600.000

5.2 Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen (Ratsherr Felbier)

5.2.1 Ernennung zum Ehrenbeamten - Walter Menßen (Vorl.-Nr. 186/2008)

Herr Felbier trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Walter Menßen ist gem. § 13 Abs. 2 Nds. Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.11.2008 bis zum 31.10.2014 zum stellvertretenden Stadtbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis zu ernennen.

5.2.2 Ernennung zum Ehrenbeamten - Lars Schomburg (Vorl.-Nr. 192/2008)

Herr Felbier trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Lars Schomburg ist gem. § 13 Abs. 2 Nds. Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.11.2008 bis zum 31.10.2014 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens im Ehrenbeamtenverhältnis zu ernennen.

5.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)

5.3.1 Straßenbenennung Bereich Kirchreihe (Vorl.-Nr. 191/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die im Bebauungsplan 28 (rückwärtige Erschließung der Kirchreihe zwischen Kirchreihe 92 und 98) vorgesehene Planstraße wird benannt als „ Fritz-Höger-Karree“.

5.3.2 Bebauungsplan Nr. 28 -EHEMALIGER BAUHOF KIRCHREIHE- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss (Vorl.-Nr. 196/2008)
Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vor.

Herr Möhle beantragte für die CDU-Fraktion, die Investoren durch Aufnahme einer Ergänzungsverpflichtung dazu zu verpflichten, die Kosten für notwendige Lärmschutzmaßnahmen zu übernehmen.

Der Antrag wurde von den Herren Möhle, Prof. Reuter, Adam und Barkowsky diskutiert.

Herr Kottek schlug vor, eine entsprechende Formulierung in den Durchführungsvertrag aufzunehmen.

Daraufhin zog die CDU-Fraktion ihren Antrag zurück.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§6 und 40 der Niedersächsi-schen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan **Bebauungsplans Nr. 28**- Ehemaliger Bauhof Kirchreihe - als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01- 09) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls. Die Begründung in der Fassung vom 05.09.2008 mit den Angaben nach §2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des Baugesetzbuches beigefügt.

5.3.3 Bebauungsplan Nr. 48 B / 2. Änderung -Bant Süd- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss (Vorl.-Nr. 197/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§6 und 40 der Niedersächsi-schen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan **Bebauungsplans Nr. 48B 2.Änderung** - Bant Süd - als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-02) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls. Die Begründung in der Fassung vom 12.09.2008 mit den Angaben nach §2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des Baugesetzbuches beigefügt.

5.3.4 Bebauungsplan Nr. 125, Teilbereiche 1a und 1b -FREIZEITGELÄNDE FEDDERWARDERGRODEN SÜD- Erneuter Aufstellungsbeschluss und Entwurfsbeschluss der Satzung über die Aufhebung (Vorl.-Nr. 198/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vor.

Herr Barkowsky erläuterte die Notwendigkeit der Aufhebung des Bebauungsplanes.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Satzung über die Aufhebung des **Bebauungsplan Nr. 125 in den Teilbereichen 1a und 1b - FREIZEITGELÄNDE FEDDERWARDERGRODEN SÜD -**
erneut aufzustellen, stimmt dem Entwurf zu und beschließt, ihn mit Begründung (Stand: 10.09.2008), einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

5.3.5 Sanierung westliche Südstadt Verlängerung des Treuhändervertrages bis zum 31.12.09 sowie Verlängerung des Mietvertrages für das Stadtteilbüro
(Vorl.-Nr. 200/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vor.

Frau Aljets kündigte die Zustimmung der SPD-Fraktion an. Die Verlängerung des Treuhändervertrages sei notwendig; gleichzeitig müsse man sich um eine Verbesserung der Auslastung des Stadtteilbüros bemühen.

Dr. von Teichman **beantragte die getrennte Abstimmung** zu den drei Punkten der Beschlussvorlage**.** Die FDP-Fraktion stimme dem ersten und dem dritten Punkt zu, den zweiten Punkt könne man nicht unterstützen, da man das Stadtteilbüro für nicht länger tragbar halte.

Gegen die getrennte Abstimmung erhob sich kein Widerspruch.

Herr Möhle erläuterte die Problematik des Stadtteilbüros und bat die Verwaltung, sich um eine bessere Auslastung zu bemühen.

Beschluss:
1. - einstimmig -
2. - mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen -
3. - mehrheitlich bei einer Gegenstimme -

1. Der Verlängerung des Sanierungstreuhändervertrages bis zum 31.12.09 für Durchführungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet wird zugestimmt.

2. Der Verlängerung des Mietvertrages für das Stadtteilbüro bis zum 31.12.09 wird zugestimmt.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, entsprechende Verträge abzuschließen.

5.3.6 Sanierung westliche Südstadt
Fortsetzung eines Sanierungsbeauftragten für 2009 (Vorl.-Nr. 199/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der erneuten Vergabe der Aufgaben eines Sanierungsbeauftragten an die Entwicklungsgesellschaft Wilhelmshaven Südstadt vom01.01.2009 bis 31.12.2009 zum Pauschalhonorar in Höhe von 64.855,-€ wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, entsprechende Verträge abzuschließen.

5.4 Schulausschuss (Ratsherr Möhle)

5.4.1 Aufhebung der HS Heppens zum Schuljahr 2009/10 (Vorl.-Nr. 147/2008)

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Aufhebung der HS Heppens zum Schuljahr 2009/10 zu.

5.5 Werksausschuss Krankenhaus (Ratsfrau Aljets)

5.5.1 Jahresabschluss des RNK-Eigenbetriebes zum 31.12.2007 (Vorl.-Nr. 182/2008)

Frau Aljets trug den Beschlussvorschlag des Werksausschuss Krankenhaus vor.

Herr Radmer erklärte, dass ihm der Prüfbericht nicht zur Verfügung gestanden habe und er sich deshalb enthalten werde.

Herr Janssen fragte, warum die Auszubildenden im Krankenhaus – trotz im Jahresabschluss ausgewiesener Gewinne - nicht nach dem Tarifvertrag für Auszubildende im öffentlichen Dienst bezahlt würden.

Frau Aljets wies darauf hin, dass die Bezahlung des Personals durch die Krankenhausgesellschaft erfolge, hier aber der Jahresabschluss des Eigenbetriebes zur Beschlussfassung anstehe.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Herren Ender und Dr. von Teichman.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss 2007 wird mit einem Jahresüberschuss von **274.331,82 Euro** festgestellt.

2. Es wird beschlossen, den sich hieraus ergebenden Bilanzverlust 2007 in Höhe von von **1.392.741,47 Euro** auf neue Rechnung vorzutragen.

3. Der Werkleitung wird Entlastung erteilt.

6 Kleine Anfragen

6.1 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema "Einrichtung einer Landstromanlage für den JadeWeserPort"

Herr Janssen bat um Beantwortung der folgenden Kleinen Anfrage:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Schiffssmog ist weltweit in den Häfen als ein großes Problem erkannt worden. Auf Grund der Verbrennung von Rohölresten in den Dieselmotoren werden die großen Schiffe schon ***„schwimmende Sondermüllverbrennungsanlagen“*** *genannt.*
Sie produzieren Stickoxide, CO2 und Feinstaub; ein Kreuzfahrtschiff z.B. in einer Std. soviel Feinstaub wie 50 000 Autos, die mit 130 h/km eine Stunde lang auf der Autobahn fahren. Die Schiffe im Hamburger Hafen sind für 80 % der in der Stadt anfallenden Stick- und Schwefeloxide verantwortlich.
*In Lübeck ist für Schiffe eine so genannte****“ Landstromanlage“*** *installiert worden, die es ermöglicht, dass im Hafen liegende Schiffe ihren notwenigen Strom nicht mehr über Dieselmotoren, sondern vom Land aus der Steckdose beziehen können. Durch diese Maßnahme fallen an Stickoxiden 77% , an CO2 90% und an Feinstaub 60% weniger an.*
Für das Lübecker Knowhow interessieren sich inzwischen viele große Ostseehäfen wie Göteborg, Stockholm, Helsinki, Stettin und St. Petersburg.
Landstrom für Schiffe gibt es sonst noch in Los Angeles und in Antwerpen wird ein solches System in einem Fachterminal vorbereitet.
Frage:
Welche Maßnahmen hat die Stadtverwaltung bisher unternommen, sich für Landstrom an der Pier des JWP einzusetzen?
Falls das bisher nicht geschehen ist: wird sich die Stadt zum Schutz der Bevölkerung von Wilhelmshaven und Butjadingen und zum Schutz des Nationalparks Wattenmeer in Zukunft dafür einsetzen?“

Die Beantwortung erfolgte durch Herrn Oberbürgermeister Menzel.

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr Janssen,
Die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft und EUROGATE haben das Thema Landstromversorgung intensiv diskutiert. Vor dem Hintergrund der unklaren nationalen und internationalen Gesetzes- bzw. Vorschriftenlage, sowie der bislang nicht vorhandenen Normierung, wurde gemeinsam entschieden, kein Landstromversorgungssystem zu installieren. Gleichwohl werden alle baulichen Maßnahmen (Verlegung von Leerrohren für das spätere Einziehen von Stromkabeln, Bau von Kabel-schächten) getroffen, die eine nachträgliche Installation eines Landstromsystems vereinfachen.

Bisher existiert keine Normung der Landstromanschlüsse. Es müssten verschiedene Anschlusssysteme vorgehalten werden, weil es zurzeit unterschiedliche Spannungen und Frequenzen auf den Containerschiffen gibt, die aufwendige Installationen auf der Landseite erforderlich machen. Das ist nicht praktikabel. Auch ist erst eine Minderheit der Containerflotte mit Landstromanschlüssen ausgestattet. Nach unseren Informationen gehen die Reeder teilweise dazu über, ihre Schiffe in Küstennähe und in Hafengebieten mit hochwertigeren Kraftstoffen zu betreiben um die Schadstoffbelastung zu reduzieren. Gleiches gilt für die Installation von Abgasfiltern. Diese Reeder wollen natürlich nicht auch noch Geld in die Hand nehmen, um ihre Schiffe mit Landstromversorgungsanlagen auszurüsten. Sie haben den Lübecker Hafen angeführt. Es gibt lediglich im Lübecker Hafen eine so genannte „Landstromanlage“ der Stadtwerke. Davon machen aber bislang nur Frachtschiffe eines bestimmten finnischen Logistikunternehmens Gebrauch. Fachleute im Übrigen bezweifeln zudem, dass in den Häfen der zusätzliche Energiebedarf auf den Schiffen mit den bestehenden Kraftwerkskapazitäten bewältigt werden kann. Wegen des hohen Leistungsbedarfes der Schiffe müssten deshalb unter Umständen weitere Kraftwerke in Hafennähe gebaut werden.“

6.2 Kleine Anfrage Ratsherr Janssen zum Thema "Einrichtung einer Anlaufstelle im Reinhard- Nieter-Krankenhaus für Beschwerden und Kritik"

Herr Janssen trug folgende Kleine Anfrage vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Immer mal wieder treffe ich Bürger, dies sich bei mir über das RNK beklagen. Auf die Frage, ob sie sich denn im RNK schon beschwert hätten, kommt meistens die Antwort, dass das nur schriftlich möglich sei. Es werden dann Gründe angeführt, die zeigen, dass viele MitbürgerInnen vor schriftlichen Eingaben „ Manschetten“ haben. Sie können evtl. nicht schreiben (Alter oder Migrationshintergrund) oder sich nicht ausdrücken oder haben Angst vor der falschen Formulierung und fürchten dann Konsequenzen.
Eine stressfreie, gute und bürgernahe Versorgung des RNK sollte uns allen wichtig sein.
Frage:
Kann sich die Verwaltung vorstellen, eine evt. auch nur ehrenamtliche Stelle im RNK zu schaffen, bei der die Patienten auch mündlich ihre Beschwerden und nicht selten ja auch ihre konstruktive Kritik loswerden können.“

Die Beantwortung erfolgte durch Herrn Oberbürgermeister Menzel.

"Das RNK versorgt ambulant, teilstationär und stationär im Jahr ca. 50.000 Patienten. Die Rückmeldungen an das Haus über dessen Versorgungsqualität aller Leistungsbereiche erfolgen in der Regel mündlich direkt an die Ansprechpartner vor Ort, des weiteren standardisiert durch Ankreuzbögen in den Patientenbroschüren und ferner auch individuell schriftlich. Auf die Bewertungsbögen in der Patienteninformation weist der Pflegedienst regelmäßig hin.
Exklusive der mündlichen Interaktionen zwischen Patienten, Angehörigen und der Mitarbeiterschaft, und das ist die überwiegende Zahl, erhält das RNK pro Jahr ca. 50 schriftliche positive und kritische Rückmeldungen.
Jede schriftlich eingereichte Rückmeldung wird sofort beantwortet. Die berührten Bereiche des Hauses werden informiert und geben Stellungnahmen ab, die dem Patienten bzw. Verfasser des Schreibens zugeleitet werden. Oft werden auch weiterführende Telefongespräche geführt.

Berechtigte Kritik wird vom RNK als „kostenlose „Beratung“ verstanden und führt zur Verhaltens- oder Ablaufänderung.
Das RNK verfügt zudem über zwei ehrenamtliche Mitarbeiterinnen, die in der Patientenbetreuung – auch im Sinne der Anfrage – geschult tätig sind.
Daneben ist Herr Pastor Mehler ständig als ev. Krankenhauspfarrer mit einer ganzen Stelle im Hause tätig und kümmert sich in jeder Weise, auch ohne spezifisch kirchlich-religiöse Ansprache, um die Menschen.
Weiterhin wird Radio RNK ebenso ehrenamtlich betrieben, wie auch die Patientenbücherei durch die IGS.
Die Rückmeldungen der Seelsorge und der Ehrenamtlichen fließen direkt in Gespräche mit den Stations-/Etagenleitungen ein.
Eine gesonderte Stelle für Beschwerden im RNK erfordert vom Stelleninhaber eine hohe soziale und fachliche Kompetenz. Diese in Ehrenamtlichkeit einzurichten dürfte durch das zu fordernde Profil in der Stellenbesetzung äußerst schwierig sein.
Weder die bestehenden ehrenamtlichen Dienste, noch der Pflegedienst sind in Kenntnis dieser Anfrage der Auffassung, dass Kommunikationsdefizite ethnisch, sprachlich, seitens des Bildungsgrades oder aus Angst bestehen.
Man möge nicht unterschätzen, dass im RNK fast ausschließlich hochqualifiziertes Personal wirkt und gerade die psychosoziale Seite eine wichtige Rolle in jeder Therapie spielt.
Es ist auch möglich, Rückmeldungen an das Haus anonym in einen gut sichtbaren Kasten in der Eingangshalle zu werfen.
Die ehrenamtlich tätige und die angestellte Mitarbeiterschaft ist in Kenntnis dieser Anfrage der Auffassung, dass der Kontakt zum Patienten und Angehörigen weit überwiegend motivierend, höflich und konstruktiv zustande kommt. Einzelfälle sind nie auszuschließen und können nicht zum generellen Maßstab werden."

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Es waren keine Fragen eingereicht worden

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Ende der Sitzung: 17:15 Uhr

Schmidt	Menzel	Stecker
Ratsvorsitzender	Oberbürgermeister	Protokollführer